

Schriftart:

Schriftart: 7 Uhr.

Inserate

werden angenommen:

Montag bis Mittags

12 Uhr:

Marienstraße 18.

Anzeig. in dies. Blatt  
haben eine erfolgreiche  
Werbung.Ausgabe:  
18,000 Exempl.

Abozement:  
Vierteljährlich 20 Mgr.  
beizugeschriebener Be-  
fahrung in's Haus.  
Durch die Königl. Post  
vierteljährlich 22 Mgr.  
Einzelne Nummern  
1 Mgr.

Inseratenpreise:  
Für den Raum eines  
gespaltenen Blattes:  
1 Mgr. Unter „Einge-  
schaut“ die Seite  
2 Mgr.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsvorkehr.

Mitredakteur: Theodor Probst.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Lipsig &amp; Reichardt. — Verantwortlicher Redakteur: Julius Reichardt.

Dresden, den 14. November:

— Se. Maj. der König hat der Hoffchauspielerin Frau Beyer aus Anlaß des am Abend des Einzugs Ihrer Königl. Majestäten im Königl. Hoftheater von denselben gesprochenen Gesprolog, sowie unter Bezugnahme auf deren jüngst vollendete 25jährige Wirksamkeit an hiesiger Hofbühne, durch Herrn Generaldirektor von Körneritz unter Versicherung besonderer allerhöchster Anerkennung ein prachtvolles Armband zustellen lassen.

— Se. Majestät der König hat gestern Vormittag eine aus sieben Personen bestehende Deputation als Vertreter der katholischen und lutherischen Wenden (geführt von dem Pfarrer Immisch aus Göda), eine Deputation der Stadt Bischofau (geführt vom Bürgermeister Siefert), eine Deputation der Stadt Marienberg (Bürgermeister Germann), eine Deputation der Stadt Wollenstein (Bürgermeister Meyer) und eine Deputation der Stadt Zöblitz (Bürgermeister Udermann) empfangen.

— Se. Majestät der König hat den Souschef im Generalsstab, Major Junde, zum Vorstande der Abtheilung für technische Angelegenheiten im Kriegsministerium und den Hauptmann Schubert vom Generalstab, unter Besförderung zum Major, zum Souschef des Generalstabes ernannt.

— J. R. Hoheit die Frau Kronprinzessin hat vorgestern die blesirten sächsischen Soldaten, welche im hiesigen Stadtkrankenhaus Aufnahme gefunden haben, durch einen längeren Besuch erfreut und eine Wiederholung ihres Erscheinens am Schmerzenlager der armen Kranken in Aussicht gestellt.

Gestern Morgen fand zu Ehren des Geburtstages Ihrer Majestät der regierenden Königin eine Revue Seiten der Militärmusik statt. Die preußischen Truppen sahen wir im Paradezug mit Roßhufen auf den Helmen die Waffen beziehen, wahrscheinlich aus derselben Veranlassung. Am Königlichen Hof wurde der heutige Tag, welcher zugleich der Todestag der durchdrungensten Mutter Ihrer Majestät ist, in stiller Zurückgezogenheit begangen, und war das Geburtstagsfest Ihrer Majestät, wie gewöhnlich, bereits am 10. November (als dem Verhältnissstage Ihrer königlichen Majestäten) mitgesiegt worden.

— J. R. H. die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz wird Dresden heute wieder verlassen und nach ihrer Residenz zurückkehren.

Die feierliche Eröffnung des Landtags durch Se. Majestät den König im Königlichen Schloß wird morgen stattfinden. Zum Präsidenten der Ersten Kammer hat Se. Majestät den Kammerherren Geh. Rath von Triesen auf Köthna wiederum ernannt.

Beide Kammern haben gestern ihre erste Präliminar- sitzung gehabt, um die für das Amt des Präsidenten der zweiten Kammer und die Stellen der Vizepräsidenten beider Kammern in Vorschlag zu bringenden Mitglieder zu wählen. In der Ersten Kammer wurden gewählt die Herren Oberbürgermeister Pfohlhauer aus Dresden (mit 33 von 37 Stimmen), Kammerherr von Lehmann auf Stauditz und Bürgermeister Müller aus Chemnitz (letztere beide mit 31 Stimmen). In der zweiten Kammer sind gewählt worden die Abgg. Bürgermeister Haberlorn aus Bittau (mit 49 Stimmen), Rittergutsbesitzer Dehmichen auf Choren (44 Stimmen), Bürgermeister Dr. Hertel aus Dresden (37 Stimmen) und Stadtrath Sachse aus Freiberg (40 Stimmen). (Dr. J.)

Wie man hört, soll die Rückkehr der königlich sächsischen Gardes und Artilleriehäuser nach Dresden in der allernächsten Zeit noch nicht bevorstehen und dieselbe jedenfalls nicht eher zu erwarten sein, bevor nicht eine gründliche Steinigung des Cadettenhauses bewerkstelligt sein wird.

Seit langen Jahren hat Dresden keine so tumultuöse Volksversammlung erlebt, wie die am Montag im Odeum. Das Originellste aber dabei war, daß sich die entgegenstehenden Redner meistens Complimente sagten, den gegnerischen Standpunkt zwar billigten, aber nicht für ihn stimmen und daß die Menge trotzdem in erbitterter Stimmung auseinander ging. Schon die Präsidentenwahl lehrte, daß die zum Theil dem Nationalverein angehörigen Veranstalter nicht auf eine ergebene Klasse rechnen durften; man lehnt Herrn Schneidermeister Linnemann ab und wählt Herrn Tschellermeister Hendl, dessen Vetter, Herr Advocat Hendl, berichtete. Er und seine Freunde seien von der letzten Versammlung beauftragt, einen Protest an die Landescommission und eine Petition an die zweite Kammer gegen die Zurechtbehändigkeit der reaktivten Stände zu entwerfen. Der Protest an die Landescommission sei inzwischen überflüssig geworden; hingegen trug er unter Beifall die Petition vor, welche die in der letzten Volksversammlung entwideten Gründe gegen die Verfassungsmäßigkeit der heutigen Stände darlegt und „die zweite Kammer ersucht, bei der Regierung die Wiederherstellung der 48er Gesetze und die alstalige Einberufung einer nach diesen Gesetzen zu wählenden Vertretung des Landtags zu beantragen.“

Herr Bromme meint, es Klinge zwar wie ein Widerspruch, wenn man sich an jemanden, der nicht zu Recht bestände, mit einer Bitte wende, aber wenn man nicht an die Kammer in dieser Weise ginge, könnte man sie nicht nach ihrer Geschäftsvorordnung zwingen, die Sache zu beraten. Die Agitation gegen die Kammern sei im Wachsen, selbst die Dresdener Stadtverordneten hätten nur von „verfassungsmäßigen“ Kammern in der Petition an den König gesprochen. Herr Wahlreich findet es in der That inconsequent, bei der jetzigen Kammer zu bitten. Die ganze Anlegenhheit sei, wie Bromme richtig sage, Agitationsmittel im Volle, das könne man aber auch ohne Inconsequenz erreichen. Die entschiedene Demokratie müsse an ihrer stolzen Haltung der jetzt herrschenden Gewalt gegenüber festhalten. Er warnte vor der Abschaltung und schlug die Erklärung vor: „Die Versammlung erklärt als Ziel der von ihr erstrebten Reform der Volksvertretung in Sachsen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts gemäß dem Reichswahlgesetz und dem Einflaminnerystem“. Ein Zweikammerwahlgesetz sei nicht volkstümlich, die erste Kammer habe nur den Zweck, die Regierung gegen die zweite Kammer zu unterstützen. Das 48er Wahlgesetz sei lange nicht demokratisch genug, weil es unter Anderem nur „selbstständige“ Personen für stimmberechtigt erkläre, dieser Begriff in den Händen einer Regierung aber sehr dehnbar sei. Dr. Schaffrath hält zwar alle Ansichten des Vorredners, kommt aber zu anderem Resultaten. Man vergebe sich mit der „Petition“ nichts, die ein „Protest“ sei, wenn man sie auch nicht so nenne. Wäre es denn keine stolze Sprache, wenn die Petition der zweiten Kammer sage: „Du sollst nach Hause gehen?“ Die Wahlreichsche Resolution sei wirkungslos, er habe zwar mit dem Einflaminnerystem nicht Unrecht, aber die 48er Gesetze schlössen das Einflaminnerystem der Sache nach in sich. Wahlreich habe zwar wieder Recht wegen der „Selbstständigkeit“, aber durch das Reichswahlgesetz würde das ziemlich gemildert. Uebrigens hätte außer den Stadtverordneten Döbbers auch der Stadtrath sich für die „verfassungsmäßigen“ Stände ausgesprochen. Er befürwortet schließlich die Hendl'sche Petition. Dieser rechtfertigt seine Beschuldigung des Präsidentenstuhls der letzten Volksversammlung; da die heutige nur die Fortsetzung der letzten sei, müsse die heutige den Beschluss der letzten ausführen und die Petition ablassen. Dr. Petermann entgegnet: warum man nicht auch den Beschluss ausgeführt habe, einen Protest an die Landescommission, oder, wenn die Zeit zu kurz, an deren Nachfolgerin, die Regierung zu erlassen? Wer sich mit einer Bitte an die Kammer wende, erkenne sie indirekt an; damit arbeite man gegen die sogenannten Renitenten, die man doch Patrioten nennen müsse. Die 48er Gesetze seien provisorische, keine definitiven, die Anschauungen über sie hätten im Laufe der Zeiten, wie Redner mit geschicklichen Daten nachgewiesen, selbst bei entschieden Liberalen gewechselt, die ganze Frage sei allmählig zu einer reinen juristischen Spitzfindigkeit, wenn man so sagen dürfe, geworden; der ganze Streitpunkt sei jetzt Formenwesen und der materielle Inhalt jener Gesetze komme viel zu wenig in Frage. Das Ziel der Agitation, denn eine solche sei die ganze Frage, müsse man vor Allem klar hinstellen. Redner trägt nun einige Bedenken gegen die 48er Gesetze vor. Die Petition aber sei trotz einzelner protestierender Ausdrücke kein Protest, denn es stehe nicht darin, wie Dr. Schaffrath behauptet: Geht weg! sondern nur: Petitioniert an die Regierung, d. h. Bleibt! (Großer Beifall und Widerspruch; wie denn überhaupt kein Redner ohne beide Seiten die Tribüne verließ.) Dr. Schaffrath röhrt das Wachsen der Agitation; er sähe davon nichts, übrigens könne man auch ohne eine Petition schon durch die Presse genug agieren. Dies veranlaßte Herrn Bromme unter beläudendem Lärm zu erklären: Der einzige Zweck der Rede Dr. Petermanns scheine ihm der zu sein, nur ja der Regierung und den Ständen keine Verlegenheiten zu bereiten. Der Lärm legte sich, als Herr Bromme dem Standpunkt des Herrn Wahlreich hohe Anerkennung zollte. Dr. Schaffrath stimmte zwar Dr. Petermann in allen wesentlichen Punkten bei, war aber doch für Ablösung der Petition. Man möge doch nicht in Kleinigkeiten strämmen gerathen. Niemand könne leugnen, daß eine Ständeversammlung eine Ständeversammlung sei (wenn auch keine verfassungsmäßige), man könne sich also auch an sie wenden. Man könne einmal nicht ganz consequent sein und da läme es auch auf ein bisschen Inconsequenz mehr oder weniger nicht an. Wer ganz consequent sei, dürfe allerdings nicht an sie petiren, aber er dürfe auch keine Steuern zahlen, welche diese unrechtmäßigen Stände ausgeschrieben hätten. Das hätte aber außer Zweien Niemand gethan, es sei folglich alle Welt inconsequent, Herr Wahlreich mit, weil dieser sich auf das von diesen Ständen verfaßte Gesetz geflügelt habe. Als hierauf der Schlaf der Debatte beantragt war, erhob sich eine stürmische Verhandlung darüber, ob den noch eingeschriebenen Rednern noch das Wort zu geben sei. Ost sprachen 3 bis 4 Herren, es wurde gesagt und Grasso gerufen, Herr Bromme erklärte unter lebhaftem Widerspruch und Beifall, daß, weil er andere noch sich beurtheile, anzunehmen

sei, wenn Herr Wahlreich und Dr. Petermann noch das Wort gegeben würde, diese sich in ihren Behauptungen verfeigten würden, weil dieselben ohne Widerspruch blieben, und doch war diese Scene nur die Vorstufe der letzten. Endlich setzte man es durch, daß die Eingeschriebenen noch zum Wort gelangten. Herr Wahlreich erklärte kurz: Er wolle und könne Niemand verhindern, eine solche Petition abzulassen, man solle ihm und seinen „Freunden“ aber nicht diese Zumutung stellen. Ein Arbeiter, der die Versammlung mit „Deutsches Volk!“ anrede, behauptete, wenn man auch so glücklich gestellt sei, wie die Veranstalter der Versammlung, so mache das die Taschen der Arbeiter nicht voll; er verlangte unter grohem Lärm die Beratung der Arbeiterfrage. Dr. Petermann endlich erklärt gegen den Bromme'schen Angriff, sein Streben ginge darauf hinaus, was der Ministerpräsident Dr. Braun 48 als das zu erreichende Ziel bezeichnet habe: daß das allgemeine Stimmrecht, die Schwarzgerichtsverfassung und Volkswehr auf einer und derselben Basis etabliert werden, auf dem allgemeinen, gleichen durchgängigen Bürgerrecht. (Großer Jubel.) Wenn Dr. Schaffrath gesagt: die Wiederherstellung der sächsischen 48er Gesetze würde für Deutschland allgemeine Folgen haben, so frage er: was sei mit der trefflichen kurfürstlichen Verfassung geworden? Man müsse nicht isolirt arbeiten, sondern die Gesamtheit ins Auge fassen. War die Versammlung schon bisher ziemlich stürmisch gewesen, so erhob sich nunmehr ein wahrhaft entschiedliches Durchmischen; als Herr Advocat Hendl im Schlusshort erklärte: Eigentlich hätte sich gar Niemand hier einfinden sollen, der nicht der Meinung der Veranstalter sei, daß man eine Petition ablässe. Dennoch, der etwas Anderes wolle, hätte besser wegbleiben mögen. Von allen Seiten erschallten Rufe: „Das ist doch zu arg! Schöne Volksversammlung das! Arbeiter, fort, fort, fort!“ Wohl die Hälfte der circa 250 Versammelten zogen in die Nebenzimmer und bildeten lebhafte gesetzgebende und streitende Gruppen. Inzwischen sprachen in dem Saale 7 bis 8 zugleich, bis es endlich dem Polizeicommissar Dr. Urban gelang, durch sein energisches Auftreten die Ruhe insoweit herzustellen, daß man über die Petition abstimmen konnte. Obwohl erhoben sich nur wenig Hände dagegen, die Verkündigung des Resultates wurde aber von ringsum mit lautem Hohnlachen beantwortet. Als nun endlich noch darüber abgestimmt wurde, ob die Veranstalter die Petition abschicken sollten, war die Hälfte dafür und die Hälfte dagegen. Manche stimmten mit beiden Händen, viele stimmten dafür und dagegen, indem sie beide Male signierten. Herr Advocat Hendl erklärte zum Schlus, nun, so werde er die Petition im Namen der Hälfte der Versammlung abgehen lassen. Noch lange wurden auf den Straßen die Vorkommissen des Abends von zahlreichen Gruppen diskutiert.

Ein außergewöhnlicher lebhafter Verlehr, der sich allabendlich beim Eintreten der Dunkelheit durch die Straßen der Antonstadt bewegt, ist seit wenigen Tagen vollständig verschwunden, und daraus können wir abnehmen, daß die Schanzen auf Neustädter Seite nunmehr fertig sind, denn die Arbeiter an denselben waren eben die Leute, die die Antonstadt zur Zeit der Dunkelheit belebten. Zum Ruhme dieser Täufenden von Arbeitern wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß sie die Verfassungen, als würden Exesse und Behelligungen des Publikums nicht aufhören, durch ihr anständiges ruhiges Verhalten vollständig zu nichts gemacht haben. Diese Schanzen wären nun auch fertig und durch die Erbauung derselben dem Lande selbst zwar eine große Last auferlegt, der Stadt Dresden und der Umgegend aber speziell durch die damit beauftragte Beschäftigung einer großen Zahl arbeit- und brodelnder Arbeiter eine Wohlthat erwiesen worden. Allein, stehen wir mit dem Schanzenbau nun am Ende? Man möchte fürchten, noch nicht denn eine vollständige Vertheidigungslinie um Dresden scheinen bis jetzt angelegten Werke in der Weise, wie sie angelegt sind, und unter Berücksichtigung der Terrainverhältnisse nicht zu bilden. Diese eben gedachten Ursachen aber treiben auch wieder zu dem Wunsche, daß der Schanzenbau bei Dresden noch nicht beendet sein möchte, denn einzelne Schanzen sind an solchen Punkten angelegt, daß, abgesehen davon, ob nicht der Kriegszaun die Entfernung derselben von ihrem jetzigen Orte verlangt, die begonnene bauliche Entwicklung Dresdens durch dieselben vollständig gehemmt wird. Daß an betreffender Stelle nicht in Absicht liegt, gegen Sachsen, speziell gegen Dresden, Maßregeln zu ergreifen, ist so vielseitig ausgesprochen worden, daß hierin kein Zweifel gehezt werden darf. Daraus blühen wir wohl die Hoffnung schöpfen, daß die Schanzen, die der baulichen Entwicklung Dresdens jetzt einen Riegel vorgeschoben haben, über lang oder kurz wieder entfernt und an geeigneteren Stellen, vielleicht auch geeigneter für den Kriegszweck wieder angelegt werden.

Donnerstag, den 15. d. M., Vormittag 9 Uhr, wird in der Hof- und Sophienkirche der Gottesdienst wegen Beginn des Landtags stattfinden und dabei Herr Oberhofprediger Dr. Liedauer die Predigt halten.